

Universitätsstadt Tübingen
Rechtsabteilung
Frau Michels, Telefon: 204-1230
Gesch. Z.: 030

Vorlage 528a/2012
Datum 24.10.2012

Berichtsvorlage

zur Behandlung im: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt**

zur Kenntnis im:

Betreff: Kommunale Europakompetenz

Bezug: Antrag 528/2012

Anlagen: 1 Bezeichnung: Europaarbeit in anderen baden-württembergischen Kommunen – Ergebnis einer Umfrage

Zusammenfassung:

In Baden-Württemberg entwickelt sich die kommunale Europaarbeit seit ca. 10 Jahren. Sie wird in den Städten mit unterschiedlichem Maß und Inhalt betrieben. In der Anlage ist das Ergebnis einer Umfrage an die Städte wiedergegeben, die regelmäßig in der Arbeitsgemeinschaft der Europakoordinatoren und Europakoordinatorinnen beim Städtetag Baden-Württemberg vertreten sind.

Ziel:

Information des Gemeinderats über die Bearbeitung von EU-Themen in der Stadtverwaltung.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die SPD-Fraktion hat am 11.5.2012 den Antrag gestellt, dass sich der Ausschuss mit der Frage befasst, wie andere Kommunen Europakompetenz in ihrer Verwaltung einbinden und welche Vorteile beispielsweise ein eigenes Europabüro bringt; hierzu sollen Expertinnen und Experten angehört werden (Antrag 528/2012). Im Folgenden stellt die Verwaltung die Entwicklungen dar.

2. Sachstand

Der Deutsche Städtetag hat im Jahr 2002 alle unmittelbaren Mitgliedstädten gebeten, eine Person zu benennen, die als Schnittstelle die Koordination von allgemeinen Anfragen und Informationen des Deutschen Städtetags zu Leistungen der Daseinsvorsorge mit Europabezug übernimmt. Diese Personen werden als Europakoordinatoren und Europakoordinatorinnen bezeichnet.

Der Städtetag Baden-Württemberg bietet mit der Arbeitsgemeinschaft der Europakoordinatoren und Europakoordinatorinnen eine Plattform für den Austausch der Städte und Bündelung städtischer Interessen. Die AG hält jährlich 2 Sitzungen ab, in denen neue europäische Entwicklungen und Themen besprochen und kommunale Projekte mit Europabezug vorgestellt werden. Alle 2 Jahre findet die Sitzung im Rahmen einer mehrtägigen Studienreise in Brüssel statt, bei der auch Fachgespräche in der EU-Kommission und anderen EU-Institutionen, wie z.B. der Landesvertretung Baden-Württemberg geführt werden.

Der Städtetag Baden-Württemberg unterhält darüber hinaus zusammen mit dem Gemeindetag und dem Landkreistag Baden-Württemberg ein eigenes Europabüro in Brüssel (bereits seit 1999). Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen ist „Horchposten“, Sprachrohr und Anlaufstelle für die kommunalen Landesverbände und ihre Mitglieder. Es steht deshalb in regelmäßigem Kontakt mit den Europakoordinatoren und –koordinatorinnen der Städte. Der Leiter des Büros wird in der Ausschusssitzung berichten.

Die damalige Entscheidung, an welcher Stelle die Koordination angesiedelt wird, fiel in den Stadtverwaltungen sehr unterschiedlich aus. Meist wurden Personen gewählt, die bereits Europabezüge in ihren Arbeitsfeldern hatten. Sie finden sich deshalb, z.B. in Kämmergeien, Hauptämtern, Rechtsämtern oder Sozial-, Kultur- oder Stadtentwicklungsbereichen. Beteiligt sind damit Qualifikationen aus vielen unterschiedlichen – bspw. politikwissenschaftlichen, betriebswirtschaftlichen, sozialpädagogischen, juristischen, diplomverwaltungs- oder verwaltungswissenschaftlichen – Bereichen. Zwischenzeitlich gibt es einen Masterstudiengang für Europäisches Verwaltungsmanagement an den Hochschulen Ludwigsburg und Kehl, dessen Ziel es ist, im Rahmen der fortschreitenden europäischen Integration ein vertieftes Verständnis der Verwaltungs-, Rechts- und Sozialstrukturen einschließlich ihrer Verfahren, der Politik, Wirtschaft und Kultur der Mitgliedstaaten der EU sowie der europäischen Institutionen zu vermitteln.

Im Laufe der Zeit entwickelte sich der Aufgabenkreis der Europakoordinatoren und –koordinatorinnen in den Städten sehr unterschiedlich. Teilweise sind entsprechend anderer Politikfelder, wie Gleichstellung, Umwelt, Integration oder Familie, Stabsstellen mit Europa-beauftragten entstanden. Ein Überblick ergibt sich aus der beigefügten Tabelle (Anlage).

Neben der fachübergreifenden Koordination von Anfragen und Informationen zu europäischen Themen werden im Rahmen einer kommunalen Europaarbeit z.B. folgende Aufgaben erledigt:

- Initiation, Moderation, Unterstützung und Begleitung bei der Planung und Durchführung von (EU-förderfähigen) Projekten, insbesondere Hilfestellungen bei der Antragstellung,
- Steigerung der Europafähigkeit der Verwaltung, z.B. durch Vertretung europabezogener Belange in der Verwaltung und verwaltungsinterner Fortbildungen,
- Öffentlichkeitsarbeit zu europäischen Themen und Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger bis hin zum Aufbau von „Europe Direct“ Informationszentren für Bürgerinnen und Bürger, welches über die Europäische Union informiert und von der EU-Kommission finanziell unterstützt wird,
- Vernetzung lokaler Akteure mit Europabezug und Unterstützung,
- Aus- und Bewertung europapolitischer und europarechtlicher Entwicklungen mit Relevanz zur eigenen Stadt,
- Beteiligung an Stellungnahmen und politischen Positionspapieren der Verbände zu kommunalrelevanten EU-Fragen und EU-Entwicklungen
- Kontaktpflege zu Europaabgeordneten
- Organisation von Delegationsreisen nach Brüssel
- Betreuung der Vertretung in Netzwerken, denen die jeweilige Stadt angeschlossen ist, z.B. im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), EUROCITIES (Netzwerk europäischer Großstädte), Generalversammlung der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR), Bürgermeisterkonvent für lokale nachhaltige Energie

Je nach Aufgabenumfang differenzieren die Stellenanteile zwischen 5% einer Vollzeitstelle und mehrköpfigen Abteilungen (z.B. Ulm, Ludwigsburg, Pforzheim). Ebenso unterschiedlich werden freiverfügbaren Mittel für die Europaarbeit im Haushalt zur Verfügung gestellt (0,00 bis 83.000 Euro). Die jeweiligen projektbezogenen Mittel für die Durchführung von EU-Projekten sind regelmäßig zweckgebunden budgetiert, da EU-Förderprogramme in der Regel als Co-Finanzierungsprogramme ausgestaltet sind.

Wie sich die Entwicklung in den Landkreisen Baden-Württemberg darstellt, entzieht sich der Kenntnis der Verwaltung. Die EU-Strukturförderung des Landkreises Tübingen wird in der Ausschusssitzung berichten.

3. Vorgehen der Verwaltung

In Tübingen wurde die Europakoordination mit Verfügung vom 25.11.2002 der Rechtsabteilung zugeordnet. Die Aufgaben beschränken sich auf die Koordination von Anfragen und die interne und externe Informationsvermittlung. Es erfolgt die regelmäßige Teilnahme an Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der Europakoordinatoren und Europakoordinatorinnen des Städtetags Baden-Württemberg. Darüber hinaus erfolgt die interne Unterstützung bei fachübergreifenden Europarechtsfragen, wie z.B. der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Jahre 2009, mit der auch der Gemeinderat befasst war, weil mehrere städtische Satzungen angepasst werden mussten.

Die Teilnahme an EU-Projekten oder die Organisation, Planung und Umsetzung von EU-Projekten mit oder ohne EU-Förderung erfolgt dezentral in den betreffenden Fachbereichen. So hat der Fachbereich Kultur z.B. für das Jahresprogramm „50 Jahre Städtepartnerschaft Tübingen - Aix-en-Provence“ finanzielle Mittel aus dem EU-Förderprogramm „Europa für Bür-

gerinnen und Bürger“ erhalten.

Der Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales nimmt am EU-Projekt „Vielfalt ist spannungsreich – und voll positiver Kraft“ des Forums Ziviler Friedensdienst e.V. teil, das vom Europäischen Integrationsfond gefördert wird.

Die Fachabteilung Soziale Angebote der Stadt Tübingen war eine der Teilnehmerinnen an dem EU-Projekt „Bleib in Tübingen – Beratungsnetzwerk zur Integration in Beschäftigung“, welches Zuschüsse aus dem Europäischen Sozialfonds erhalten hat.

Die Kindertageseinrichtungen der Stadt nehmen am geförderten EU-Schulfruchtprogramm teil. Das Kinderhaus Französische Allee hat sich über seinen Förderverein an dem EU-Projekt „Elias“ mit dem Schwerpunkt bilinguale Erziehung beteiligt, das Zuschüsse aus dem EU-Förderprogramm „COMENIUS“ erhält.

Die „Girl's Day Akademie“ der Stabsstelle für Gleichstellung und Integration erhält Fördergelder aus dem Europäischen Sozialfonds.

Die Beauftragte für Bürgerengagement nimmt am EU-Projekt „Vorbereitung auf die nachberufliche Lebensphase“ des Kreissenioresrates e.V. teil, das im Rahmen des derzeitigen „Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ gefördert wird.

Die ehemalige Umweltbeauftragte beteiligte sich am EU Projekt „ECOCITY“ mit dem Schwerpunkt der Entwicklung von Siedlungsflächen und Verkehrskonzepten. Und die Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz nahm zusammen mit dem Fachbereich Tiefbau an dem EU-Projekt "MUE-25" teil, das sich dem Thema Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen gewidmet hat und gefördert wurde.

4. Lösungsvarianten

Für die Organisation und den Aufgabenbereich kommunaler Europaarbeit gibt es unterschiedlichste Varianten, da es sich um eine freiwillige Kommunalaufgabe handelt. Die Variantenvielfalt reicht von der bisherigen reinen Koordination von Anfragen und Informationsvermittlung bis hin zum politischen Auftrag Europapolitik durch Lobbying mitzugestalten.

5. Finanzielle Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen kommunaler Europaarbeit sind je nach Aufgabenstellung unterschiedlich.

6. Anlagen

Europaarbeit in anderen baden-württembergischen Kommunen – Ergebnis einer Umfrage

Europaarbeit in anderen baden-württembergischen Kommunen – Ergebnis einer Umfrage

Kommune	EW ca.	Organisatorische Zuordnung	Strukturansatz	Wesentliche Aufgaben	Freiverfügbares Budget für Europa- arbeit	EU-Projekte (EU- Förderung: Förder- summe)
Baden-Baden	55.000	Referat des OB; Abt. Kultur und In- ternationale Bezie- hungen	Zentrale Koordination; Dezentrale Umsetzung von EU- Projekten entsprechend der Sachzuständigkeiten	Informationsvermittlung; Netzwerkarbeit	5.000 Euro für Veran- staltungen im Rah- men der Europawo- che	--
Bretten	28.000	Stadtkämmerei	Derzeit wird ein Konzept für die Europaarbeit entwickelt	Informationsvermittlung; Akquisition von EU-Fördermitteln	Wird im Rahmen der allg. Budgetverant- wortung dezentral je nach Zielsetzung zur Verfügung gestellt	Für Bürgerbegegnungen (ca. 11.000 Euro)
Esslingen	93.000	Stadtkämmerei	Zentrale Koordination; Dezentrale Umsetzung von EU- Projekten entsprechend der Sachzuständigkeiten	Informationsvermittlung; Fördermittelberatung, Netzwerkarbeit	2.000 Euro für Schu- lungen, Seminare, Dienstreisen	Verschiedene EU Projekte (2012: Le- benslanges Lernen - Grundtvig: 22.000 Euro) Partnerschaftskonfe- renzen (Citizenship Programme, Youth in Action), Lernparnter- schaft „Building bridges“ (Sokrates Grundtvig)

Anlage Vorlage 528a/2012

Karlsruhe	300.000	Stabsstelle des OB; Koordinierungsstelle für europäische und regionale Beziehungen (EURegKA)	Zentrale Koordination, Steuerung und Betreuung von EU-Projekten; Dezentrale Umsetzung von EU-Projekten entsprechend der Sachzuständigkeiten	Informationsvermittlung; Fördermittelberatung; Allgemeine Beratung zu kommunal-relevanten EU-Themen (Gesetze, Vorgaben, Rechtsprechung etc.); teilw. eigene Projektdurchführung Netzwerkarbeit (z.B. EUROCITIES); Grenzüberschreitende Zusammenarbeit Oberrhein (Trinationale Metropolregion Oberrhein, Region PAMINA), Geschäftsführung der Initiative „Magistrale für Europa“	83.000 Euro	2006 - 2010: Für verschiedene EU-Projekte (aus verschiedenen Förderprogrammen: insg. ca. 2,1 Mio)
Lörrach	48.000	Dezernat des OB; Fachbereich Stadtentwicklung	Zentrale Koordination und Betreuung von EU-Projekten	Informationsvermittlung; Fördermittelberatung; Allgemeine Beratung zu kommunal-relevanten EU-Themen (Gesetze, Vorgaben, Rechtsprechung etc.); Unterstützung, Mitwirkung, Durchführung und Abrechnung konkreter EU-Projekte; Netzwerkarbeit	Kein eigenes Budget	Seit 1995: Verschiedene EU-Projekte (aus verschiedenen Förderprogrammen, u.a. INTERREG: insg. ca. 3 Mio. Euro)
Ludwigsburg	89.000	Referat Nachhaltige Stadtentwicklung – Team Europa und Energie	Zentrale Koordination und Steuerung von EU-Projekten	Informationsvermittlung; Allgemeine Beratung zu kommunal-relevanten EU-Grundsatzfragen; Zentrale Stelle für EU-Fördermittelakquise; Steuerung von EU-Projekten; Netzwerkarbeit	15.000 Euro	Seit 2007: Verschiedene EU-Projekte (aus verschiedenen Förderprogrammen: insg. ca. 3,2 Mio. Euro)

Anlage Vorlage 528a/2012

Pforzheim	120.000	Amt für Öffentlichkeitsarbeit, Rats- und Europaangelegenheiten; Abt. Europa und Städtepartnerschaften	Zentrale Koordination, Steuerung und Betreuung von EU-Projekten; Dezentrale Umsetzung von Projekten entsprechend der Sachzuständigkeiten	Informationsvermittlung; Fördermittelberatung; teilw. eigene Projektdurchführung; Öffentlichkeitsarbeit; Netzwerkarbeit; Lobbying	10.000 Euro für kommunale Europaarbeit (Öffentlichkeitsarbeit)	Seit 2010: Verschieden EU-Projekte (EFRE: ca. 5 Mio. Euro, Lebenslanges Lernen: ca. 60.000 Euro; ESF: Fördersummen nicht zentral erfasst)
Rheinstetten	20.500	Hauptamt; Zentrale Koordinierungsstelle für europäische und regionale Beziehungen	Zentrale Koordination; Dezentrale Umsetzung von Projekten entsprechend der Sachzuständigkeiten	Informationsvermittlung, Netzwerkarbeit (z.B. RGRE) Ansprechpartner der Fachämter für EU-Angelegenheiten, z.B. Förderprogramme; Öffentlichkeitsarbeit	Kein eigenes Budget	Seit 2007: EU-Projekt „Lebendige Rheinauen“ (LIFE+: ca. 375.000 Euro) EU-Projekt „Museum Rheinstetten - Neuburgweier“ (PAMINA-Rheinpark: ca. 300.000 Euro)
Ulm	120.000	Referat des OB; Europabüro der Stadt Ulm - Europe Direct	Zentrale Koordination der Europaarbeit der Stadt, Entwicklung und Management von EU-Projekten Dezentrale Umsetzung von EU-Projekten entsprechend der Sachzuständigkeiten	Koordination der Europaarbeit, Entwicklung und Management von EU-Projekten Netzwerkarbeit (z.B. RGRE, Euro-towns); Europe-Direct Informationszentrum: Beratung und Information, Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit; Ausbildung		Seit 2009: EU-Projekt „MMOVE“ (EFRE: ca. 85.000 Euro); EU-Projekt „CLIQ“ (INTERREG: ca. 65.000 Euro) EU-Projekt „ENTER.HUB“ (INTERREG) Europe-Direct Informationszentrum (ca. 25.000 Euro per anno)